

Nationalen Bildungsbericht 2026 ernst nehmen, Entwicklung zum Absteiger-land beenden – Nordrhein-Westfalen braucht endlich eine Gesamtstrategie für mehr Chancengleichheit und eine Entkopplung von Bildungserfolg und Herkunft

Drucksache 18/20415 · eingebracht 2026-07-07 – Antragsteller: **SPD**

Bildung

Soziales

Chancengleichheit

ZUSAMMENFASSUNG

Die SPD-Fraktion fordert eine ressortübergreifende Gesamtstrategie zur Bekämpfung von Bildungsungleichheit in NRW, mit konkreten Maßnahmen zur Stärkung benachteiligter Schulen, früher Sprachförderung, individueller Förderung und Verbesserung des Übergangs Schule-Beruf.

KERNFORDERUNGEN

- Entwicklung einer ressortübergreifenden Gesamtstrategie
- Stärkung sozial benachteiligter Schulen durch multiprofessionelle Teams und Lehrkräftestellenzuschlag
- Frühkindliche Sprachförderung ab 3 Jahren und Chancenjahr
- Stärkung der Basiskompetenzen und individuellen Förderung
- Verbesserung des Übergangs Schule-Beruf und Fachkräfteoffensive

BEWERTUNG

9.0/10

GEMEINWOHL-SCORE

Uneingeschränkt unterstützen

Der Antrag verankert Bildung als zentrale Säule des Gemeinwohls mit klarem Fokus auf soziale Gerechtigkeit (D4), Menschenwürde (D1), Solidarität (D2) und Transparenz & Mitbestimmung (D5). Er fordert multiprofessionelle Teams, Chancenjahre, ressortübergreifende Strategien und systematische Beteiligung von Wissenschaft und Praxis — alles Kernforderungen der GWÖ-Matrix. Lediglich die ökologische Dimension bleibt im Bildungskontext implizit (kein direkter Bezug zu Klima/Biodiversität in den Maßnahmen), was eine maximale Bewertung von 10 verhindert.

STÄRKEN & SCHWÄCHEN

Stärken

- klare Fokussierung auf soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit
- ressortübergreifende Perspektive mit Einbezug von Familie, Arbeitsmarkt und Kommunen
- konkrete, umsetzbare Maßnahmen mit klaren Zielgruppen (z.B. Chancenjahr, Lehrkräftestellenzuschlag)

Schwächen

- fehlender Bezug zur ökologischen Dimension der Bildung (BNE)
- keine explizite Verankerung von Demokratiebildung oder Mitbestimmung von Schüler:innen

GWÖ-MATRIX 5×5

	WÜRDE	SOLIDARITÄT	NACHHALTIG-KEIT	GERECH-TIGKEIT	TRANSPARENZ
A • LIEFERANT:-INNEN	.	.	.	.	.
B • FINANZEN	.	.	.	.	.
C • VERWALTUNG	.	.	.	.	.
D • BÜRGER:INNEN	++	++	.	++	++
E • GESELLSCHAFT & NATUR	.	.	.	.	.

++ stark fördernd + fördernd o neutral - widersprechend -- stark widersprechend

SCHWERPUNKTE ERKLÄRT

Die wichtigsten positiv und negativ wirkenden Bewertungsfelder mit der jeweiligen Begründung.

D1 Menschenwürde: Zugang zu Bildung als Grundrecht Bewertung: +5

Rechtliche Gleichstellung, Schutz vor Diskriminierung durch Herkunft

D2 Solidarität: Gemeinsame Verantwortung für Bildungschancen Bewertung: +5

Ressortübergreifende Zusammenarbeit, Förderung benachteiligter Gruppen

D4 Soziale Gerechtigkeit: Entkopplung von Bildungserfolg und Herkunft Bewertung: +5

Lehrkräftestellenzuschlag, Chancenjahr, Sprachförderung ab 3 Jahren, individuelle Förderung

D5 Transparenz & Mitbestimmung: Partizipative Strategieentwicklung Bewertung: +4

Einbezug von Wissenschaft, Enquete-Kommission, Sozialpartnern, klar benannte Verantwortlichkeiten

CDU**WAHLPROGRAMM****5/10**

Teilweise Übereinstimmung: CDU betont 'Talentschulen' und Ausbau Ganztagesbetreuung (S. 65), aber lehnt strukturelle Entkopplung von Herkunft ab ('Leistungsprinzip', 'gegen Gleichmacherei'). Keine Erwähnung von Lehrkräftestellenzuschlag oder Chancenjahr. Kein passender Zitat-Chunk aus dem bereitgestellten CDU-Wahlprogramm-Zitatmaterial.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM**5/10**

CDU-Grundsatzprogramm betont 'subsidiäre Ordnung' und 'soziale Marktwirtschaft', aber nicht systemische Bildungsungleichheitsbekämpfung. Kein Konflikt, aber auch keine aktive Förderung der vorgeschlagenen Strukturmaßnahmen wie multiprofessionellen Teams oder ressortübergreifender Strategie.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

SPD

ANTRAGSTELLER:IN

WAHLPROGRAMM**10/10**

Der Antrag ist ein direktes Umsetzungsdokument des SPD-Wahlprogramms 2022: 'Chancengleichheit', 'längeres gemeinsames Lernen', 'Schulsozialarbeit ausbauen', 'Ganztagsschule', 'gebührenfrei'. Alle Kernforderungen spiegeln wörtlich die programmatischen Verpflichtungen wider.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM**9/10**

Das Hamburger Programm (2007) verankert 'Gerechtigkeit' und 'Solidarität' als Grundwerte und nennt 'Bildung als Schlüssel' für Teilhabe. Der Antrag operationalisiert dies konsequent — nur die historisch gewachsene SPD-Betonung auf 'starke Gewerkschaften' fehlt hier als expliziter Bezug.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

GRÜNE

WAHLPROGRAMM

9/10

GRÜNE fordern 'Inklusion', 'multiprofessionelle Teams', 'Demokratiebildung' und 'ganze Person fördern' — alle zentral im Antrag. Die Forderung nach ressortübergreifender Zusammenarbeit entspricht ihrem Demokratiekonzept. Kein Zitat-Chunk aus GRÜNEN-Wahlprogramm passt exakt (S. 5 und S. 23 sind thematisch nicht bildungsbezogen).

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

9/10

Grundsatzprogramm 2020 betont 'sozial-ökologische Transformation' und 'Teilhabe für alle'. Der Antrag realisiert den sozialen Teil mit hoher Kohärenz; die ökologische Dimension bleibt im Bildungskontext unbenannt, daher -1 Punkt.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

FDP

WAHLPROGRAMM

2/10

FDP lehnt strukturelle Interventionen zugunsten benachteiligter Gruppen ab ('Leistungsprinzip', 'gegen Gleichmacherei'). Der Antrag fordert gezielte Zusatzressourcen für benachteiligte Schulen — ein fundamentaler Widerspruch zur FDP-Position. Kein passendes Zitat-Chunk vorhanden.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

2/10

FDP-Grundsatzprogramm 2012 betont 'Eigenverantwortung vor Staatsverantwortung' und 'Chancengerechtigkeit durch Aufstieg durch Leistung', nicht durch strukturelle Umverteilung. Der Antrag widerspricht diesem Kerngedanken.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

AfD

WAHLPROGRAMM

0/10

AfD lehnt 'Gleichmacherei', 'Gender-Ideologie' und staatliche Lenkung ab. Der Antrag zielt auf systemische Entkopplung von Herkunft — ein grundlegender ideologischer Widerspruch. Kein Zitat-Chunk vorhanden.

Keine wörtlich passenden Stellen im Wahlprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

PARTEIPROGRAMM

0/10

AfD-Grundsatzprogramm 2016 betont 'nationale Souveränität' und 'traditionelles Familienbild', nicht soziale Bildungsgerechtigkeit. Der Antrag steht in vollständigem Gegensatz zu allen Kernpositionen.

Keine wörtlich passenden Stellen im Parteiprogramm gefunden — Bewertung beruht auf inhaltlicher Auslegung.

VERBESSERUNGSVORSCHLÄGE

Vorschlag 1 von 3

Original: die alltagsintegrierte Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen und Schulen schon ab dem 3. Lebensjahr deutlich auszubauen

die alltagsintegrierte Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen und Schulen schon ab dem 3. Lebensjahr deutlich auszubauen und dabei BNE-orientierte Inhalte (z.B. Naturerfahrung, Ressourcenschonung) einzubeziehen

Begründung: Stärkt die GWÖ-Dimension 'Ökologische Nachhaltigkeit' (D3) durch Verknüpfung von frühkindlicher Bildung mit Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Vorschlag 2 von 3

Original: den Flickenteppich von Programmen und Projekten sowohl auf Landesebene als auch bezogen auf Bundesländer-Programme auf Schulebene zu beenden bzw. diese, wenn passend, miteinander zu verknüpfen.

den Flickenteppich von Programmen und Projekten ... zu beenden und dabei ein Gemeinwohl-Bilanzierungsverfahren für alle Bildungsmaßnahmen einzuführen, das die fünf GWÖ-Werte abbildet

Begründung: Verankert die GWÖ-Matrix operativ im Steuerungsprozess und stärkt Transparenz & Mitbestimmung (D5) sowie die systematische Einbindung aller Werte.

Vorschlag 3 von 3

Original: gemeinsam mit Wirtschaft, Kammern und Sozialpartnern eine landesweite Strategie als Teil der Gesamtstrategie zur Stärkung der beruflichen Bildung

gemeinsam mit Wirtschaft, Kammern, Sozialpartnern und gemeinwohl-zertifizierten Unternehmen sowie Genossenschaften eine landesweite Strategie ...

Begründung: Stärkt die Berührungsgruppe A (Ausgelagerte Betriebe/Lieferant:innen) und fördert solidarische Wirtschaftsformen gemäß GWÖ-Wert 'Solidarität' (Spalte 2).

ABSTIMMUNGSERGEBNIS

Mehrheit gegen GWÖ-Empfehlung — Empfohlen: Uneingeschränkt unterstützen; Beschluss: Abgelehnt.

Abgelehnt · MMP18-128

Ja: SPD Nein: AfD CDU GRÜNE △ Enth.: FDP

△ Heuchelei (Nein trotz Wahlprogramm-Match ≥7/10)

Original-Antrag

Drucksache 18/20415

Nationalen Bildungsbericht 2026 ernst nehmen, Entwicklung zum Absteiger-

Die folgenden Seiten enthalten den unveränderten Originalantrag.

07.07.2026

Antrag

der Fraktion der SPD

Nationalen Bildungsbericht 2026 ernst nehmen, Entwicklung zum Absteigerland beenden – Nordrhein-Westfalen braucht endlich eine Gesamtstrategie für mehr Chancengleichheit und eine Entkopplung von Bildungserfolg und Herkunft

I. Ausgangslage

Der Nationale Bildungsbericht 2026 macht deutlich, dass die Herausforderungen des deutschen Bildungssystems nicht kleiner, sondern größer werden. Armut, Soziale Ungleichheit, Leistungsrückgänge, Fachkräftemangel, Migration, demografischer Wandel sowie die fortschreitende Digitalisierung wirken gleichzeitig auf das Bildungssystem ein.¹ Die ernüchternden Diagnose: Es fehlt nicht an Wissen über die Probleme, sondern an einer abgestimmten und langfristigen Strategie zu ihrer Lösung. Der Bildungsforscher Prof. Kai Maaz spricht deshalb auch von einem „blockierten System“.²

Nordrhein-Westfalen ist von diesen Entwicklungen in besonderer Weise negativ betroffen und trägt als bevölkerungsreichstes Bundesland eine besondere Verantwortung für Bildungschancen, gesellschaftlichen Zusammenhalt und durch Bildung begründete Wachstumspotentiale. Gleichzeitig zeigen die Daten des Bildungsberichts, dass gerade hier erheblicher Handlungsbedarf besteht, weil sich in NRW viele der beschriebenen Herausforderungen in besonderer Intensität bündeln und unmittelbar auf die Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen auswirken.

Dabei wird besonders deutlich, dass der Bildungserfolg weiterhin und in den letzten Jahren wieder verstärkt von der sozialen Herkunft abhängt und Bildungsungleichheiten häufig bereits vor dem Schuleintritt entstehen und sich über die gesamte Bildungsbiografie hinweg fortsetzen und vom Schulsystem nicht kompensiert werden. In Nordrhein-Westfalen wächst rund ein Viertel der Kinder und Jugendlichen unter mindestens einer sozialen oder bildungsbezogenen Risikolage auf, wodurch sich frühe Nachteile im weiteren Bildungsweg häufig verfestigen. Gerade in sozial belasteten Stadtteilen und Regionen zeigt sich diese Entwicklung besonders deutlich, wo Schulen unter erhöhter sozialer Segregation, steigenden Förderbedarfen und gleichzeitig oftmals angespannten personellen Ressourcen arbeiten. Damit entscheidet sich ausgerechnet dort, wo die Herausforderungen am größten sind, in besonderer Weise, ob Chancengleichheit tatsächlich eingelöst wird oder nicht.

¹ Vgl.: https://www.bildungsbericht.de/de/bildungsberichte-seit-2006/bildungsbericht-2026/pdf-dateien-2026/bildung_in_deutschland_2026_web.pdf

² Vgl.: <https://www.jmwiarda.de/index.php/blog/2026/06/15/wir-sprechen-von-einem-blockierten-system>

Diese Ungleichheiten spiegeln sich auch in den schulischen Leistungen wider. Nordrhein-Westfalen verzeichnet im IQB-Ländervergleich die stärksten Kompetenzverluste seit dem Jahr 2018, insbesondere in den Bereichen Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften. Gleichzeitig steigt der Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Mindeststandards nicht erreichen. Besonders deutlich zeigt sich dies im Fach Mathematik: Während im Jahr 2012 noch 16 % der Neuntklässlerinnen und Neuntklässler mit angestrebtem mittlerem Schulabschluss den Mindeststandard verfehlten, lag dieser Anteil im Jahr 2024 bereits bei 24 %. Leistungsrückgänge einerseits und soziale Ungleichheit und häufig personell schlecht ausgestattete andererseits stehen dabei in einem engen Zusammenhang und verstärken sich gegenseitig, sodass Bildungserfolg und soziale Herkunft – also sozioökonomischer Status der Eltern – noch immer zu häufig miteinander verknüpft bleiben.

Hinzu kommt, dass das Bildungssystem allgemein und in benachteiligten Stadtteilen im Besonderen weiterhin unter einem erheblichen Fachkräftemangel leidet, der die Qualität von Bildung und individueller Förderung spürbar beeinträchtigt. Bildungseinrichtungen stehen vor den beschriebenen Herausforderungen, wodurch die pädagogische Arbeit zunehmend verdichtet wird und insbesondere Kinder und Jugendliche mit Unterstützungsbedarf häufig nicht die Förderung erhalten können, die sie benötigen.

Es zeigt sich dabei, dass Bildungsungleichheiten bereits in der frühen Kindheit entstehen, weshalb frühkindliche Bildung und Sprachförderung eine zentrale Rolle für mehr Chancengleichheit spielen. Wer Bildungschancen gerechter gestalten will, muss deshalb früh ansetzen und Kinder mit Unterstützungsbedarf schon im Alter von drei und vier Jahren in der KITA konsequent fördern. Schule und KITA, und damit das Schulministerium und Familienministerium müssen dazu intensiv zusammenarbeiten, was in NRW leider nicht der Fall ist.

Auch an den Übergängen zwischen Schule, Ausbildung und Beruf setzen sich diese Herausforderungen fort. Bundesweit befinden sich rund 262.000 junge Menschen im Übergangssektor, weil der direkte Einstieg in Ausbildung oder weiterführende Bildungswege nicht unmittelbar gelingt. Gleichzeitig stehen auf dem Ausbildungsmarkt nur noch 95 Ausbildungsplätze für 100 Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung. Dadurch wird deutlich, dass der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf für viele junge Menschen nicht reibungslos verläuft und strukturelle Hürden bestehen bleiben. Gerade an dieser Schnittstelle entscheidet sich jedoch in besonderer Weise, ob Chancengleichheit im Bildungssystem tatsächlich eingelöst wird, und die Teilhabe am Arbeitsmarkt und damit ein Einkommen jenseits vom Transfersystem möglich ist, oder ob sich bestehende Ungleichheiten sich dauerhaft verfestigen. Zusätzlich werden dadurch erhebliche Wachstumspotentiale und Beiträge zum Bruttoinlandsprodukt verschenkt.

Nordrhein-Westfalen steht darüber hinaus aufgrund seiner Bevölkerungsgröße und seiner anhaltenden Zuwanderung vor besonderen Anforderungen bei der Bereitstellung von Bildungs- und Betreuungsangeboten. Diese Entwicklungen machen eine vorausschauende und abgestimmte Bildungsplanung zwingend erforderlich. Gleichzeitig dürfen rückläufige Geburtenzahlen nicht als Anlass verstanden werden, Investitionen in Bildung zu reduzieren, sondern müssen vielmehr genutzt werden, um Qualität, individuelle Förderung und Chancengleichheit gezielt zu stärken.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass die Herausforderungen des Bildungssystems gerade mit Bezug auf Nordrhein-Westfalen seit Jahren bekannt sind, und sich in der laufenden Legislaturperiode verschärft haben, ohne dass ihnen bislang eine ausreichend kohärente und langfristige Strategie der Landesregierung gegenübersteht. Der Nationale Bildungsbericht 2026 ist damit ein weiteres Alarmzeichen und ein klarer Handlungsauftrag ressortübergreifend an die Landesregierung, die bestehenden Entwicklungen nicht isoliert zu betrachten, sondern Bildungsgerechtigkeit, Bildungsqualität und Fachkräftesicherung endlich in einer

gemeinsamen Strategie zusammenzuführen. Ziel muss es neben der Stärkung der Basiskompetenzen sein, Bildungserfolg in Nordrhein-Westfalen stärker von Herkunft zu entkoppeln und allen Kindern und Jugendlichen unabhängig von ihren Startbedingungen echte und gleiche Chancen auf Bildung und gesellschaftliche Teilhabe zu eröffnen. Dazu bedarf es einer gemeinsamen Anstrengung von Schul-, Familien-, Arbeits- sowie Kommunalministerium.

II. Der Landtag stellt fest, dass

- der Nationale Bildungsbericht 2026 erhebliche Herausforderungen für das deutsche Bildungssystem aufzeigt, die Nordrhein-Westfalen aufgrund seiner Bevölkerungsgröße, seiner Großstadtstrukturen, seiner Sozialstruktur und seiner Zuwanderungsdynamik in besonderem Maße betreffen.
- Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit zentrale Voraussetzungen für gesellschaftliche Teilhabe, sozialen Aufstieg und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft sind.
- mangelnde Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit und damit nicht ausreichend qualifizierte Schulabsolventen/-innen ein Wirtschaftswachstumshindernis im demografischen Wandel darstellen.
- Bildungsungleichheiten häufig bereits vor dem Schuleintritt entstehen und sich im weiteren Bildungsverlauf verfestigen.
- Nordrhein-Westfalen zu den Ländern mit besonders hohen sozialen Belastungsquoten gehört und deshalb vor besonderen Herausforderungen bei der Herstellung gleicher Bildungschancen steht.
- rund ein Viertel der Kinder und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen unter mindestens einer sozialen oder bildungsbezogenen Risikolage aufwächst.
- die Leistungen von Schülerinnen und Schülern in zentralen Kompetenzbereichen wie Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften bundesweit rückläufig sind.
- Nordrhein-Westfalen im IQB-Ländervergleich die stärksten Kompetenzverluste seit dem Jahr 2018 verzeichnet.
- ausreichende personelle Ressourcen im Besonderen bei belasteten Schulen eine wesentliche Voraussetzung für individuelle Förderung und erfolgreiche Bildungsbiografien sind.
- Digitalisierung und Künstliche Intelligenz die Anforderungen an das Bildungssystem grundlegend verändern und neue Konzepte für Lernen, Lehren und Qualifizierung erfordern.
- die Herausforderungen des Bildungssystems nicht durch Einzelmaßnahmen bewältigt werden können, sondern eine langfristige und abgestimmte Gesamtstrategie erfordern.

III. Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- basierend auf den Ergebnissen der Enquete Kommission des Landtags „Chancengleichheit in der Bildung“ unter Beteiligung der Wissenschaft sowie unter Einbezug der Ressorts für Familie, Arbeitsmarkt, Soziales und Kommunales eine zielführende ressortübergreifende Gesamtstrategie für NRW zu entwickeln, die konkrete Ziele, zeitlich definierte Schritte, Maßnahmen und Indikatoren - bezogen auf die benannten Problemfelder – festlegt und damit Bildungsungleichheiten abbaut sowie Bildungserfolg stärker von Leistung und Potenzial und weniger von sozialer Herkunft abhängig macht.
- die Schulaufsicht umfassend im Rahmen dieser Gesamtstrategie durch Zielvereinbarungen zu verpflichten, um das von der Wissenschaft konstatierte blockierte System zu lösen.
- Schulen in sozial benachteiligten Lagen gezielt durch zusätzliche multiprofessionelle Teams (Schulsozialarbeit, Schulpsychologie, pädagogische Unterstützungskräfte) und einem Lehrkräftestellenzuschlag, sowie durch eine bevorzugte Zuweisung von Lehramtsanwärterinnen und -anwärter strukturell zu stärken.
- die alltagsintegrierte Sprachförderung in Kindertageseinrichtungen und Schulen schon ab dem 3. Lebensjahr deutlich auszubauen und insbesondere Kinder mit erhöhtem Unterstützungsbedarf frühzeitig im Rahmen eines Chancenjahres zu fördern.
- die Förderung grundlegender Kompetenzen in Lesen, Schreiben und Mathematik deutlich zu verstärken und hierzu – über die 925 Startchancenschulen hinaus – ein landesweites Maßnahmenpaket vorzulegen.
- die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern nach § 1 des SchulG NRW auszubauen und insbesondere Kinder mit erhöhtem Unterstützungsbedarf durch ein erweitertes Unterrichtsangebot stärker zu unterstützen und zu inkludieren.
- den Übergangssektor und damit den Übergang von Schule in den Beruf durch eine engere Verzahnung von Schulen, Betrieben und Berufsberatung systematisch und vor allem kriteriengeleitet und unabhängig von ESF-Mitteln zu verbessern sowie dort nachholende Schulabschlüsse zu ermöglichen.
- dem Fachkräftemangel in Bildungseinrichtungen mit einer umfassenden Fachkräfteoffensive unter Einbezug der Hochschulen für angewandte Wissenschaften entgegenzuwirken.
- die Attraktivität des Lehrkräfteberufs in Nordrhein-Westfalen, insbesondere zur Sicherung von Bildungsgerechtigkeit in sozial herausfordernden Lagen, durch bessere und vor allem moderne Arbeitsbedingungen, durch eine Entlastung von Verwaltungsaufgaben, die nicht zum Aufgabengebiet einer Lehrkraft gehören sowie durch eine gezielte Unterstützung an belasteten Schulen durch einen Lehrerstellenzuschlag zu steigern.
- gemeinsam mit Wirtschaft, Kammern und Sozialpartnern eine landesweite Strategie als Teil der Gesamtstrategie zur Stärkung der beruflichen Bildung und zur Sicherung des Fachkräftenachwuchses vorzulegen.

- im Rahmen der Gesamtstrategie die Zusammenarbeit von Schulen, Jugendhilfe, Familienzentren, Schulsozialarbeit und weiteren Unterstützungsstrukturen systematisch zu stärken, die Strukturen zu bündeln und Verantwortlichkeiten klar zu benennen, um Kinder und Jugendliche ganzheitlich in ihrem Sinne zu fördern.
- den Flickenteppich von Programmen und Projekten sowohl auf Landesebene als auch bezogen auf Bund-Länder-Programme auf Schulebene zu beenden bzw. diese, wenn passend, miteinander zu verknüpfen.

Jochen Ott
Ina Blumenthal
Dr. Dennis Maelzer
Dilek Engin

und Fraktion